

Laibacher Zeitung.



Nr. 231.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr., halbj. 25 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 8. Oktober

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20. Anfertigungsbettel jedesmal 30 kr.

1873.

Nichtamtlicher Theil.

Zu den Wahlen.

Die Verfassungspartei säumt nicht, ihre Genossen noch in eifrigster Stunde zur Erfüllung ihrer lokalen staatsbürgerlichen Pflichten aufzufordern.

Wir wollen heute abermals Act nehmen von zwei Aufrufen, an Wahlkreise gerichtet, über deren Häupter die ultramontane Partei gar so gern ihr Damoklesschwert schwingen, ihren Scepter erheben und ihre Herrschaft ausdehnen möchte.

Das Central-Wahlcomité der Verfassungspartei für Oesterreich erließ folgenden Wahlaufruf:

„Die Wahlen für den Reichsrath werden im Laufe dieses Monats vor sich gehen.

Die Gegner der Verfassung, welche nun nicht mehr durch Enthaltung von der Wahl im Landtage die Vertretung des Volkes in der gesetzgebenden Körperschaft vereiteln können, denen demnach das Gesetz über die Einführung der directen Wahlen zum Reichsrathe ein Dorn im Auge ist, rüsten sich zum Wahlkampfe und suchen unter allerlei Vorwänden die Wahl wieder auf solche Persönlichkeiten zu leiten, welche sich bisher der Verfassung feindlich erwiesen und von denen vorauszusetzen ist, daß sie, wenn gewählt, ihren Sitz im Abgeordnetenhaus nicht einnehmen, sondern zu Hause bleiben werden und die Interessen ihrer Wähler unvertreten lassen.

Den Wählern, um sie gegen die Candidaten der Verfassungspartei einzunehmen, singt man immer das alte Lied vor, daß die Liberalen die achtjährige Schulpflicht eingeführt, daß sie die Religion unterdrücken, und wo dies nicht verfängt, werden jenen, die sich über das Gegentheil nicht zu belehren vermögen, alle Widerwärtigkeiten, alle national-ökonomischen und finanziellen Calamitäten, kurz alles, was sie bedrückt, als Folgen der liberalen Wirtschaft dargestellt, und wird alles aufzuliefern.

Mag sich auch diese Erkenntnis demungeachtet allmählig Bahn brechen, die Zeit vor den Wahlen ist zu kurz, um sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß ein allgemeiner Sieg der Wahrheit und des Rechtes auf der ganzen Linie zu erreichen sei.

Das Central-Wahlcomité der Verfassungspartei hält es aber doch für seine Pflicht, gegenüber den geschilberten Agitationen sich nicht schweigsam zu verhalten, und will nur auf einige Momente aufmerksam machen, welche sich die Wähler ernstlich zu Gemüthe führen wollen, wenn sie an die Wahlurne treten und ihre Stimme abgeben.

Die Aufgaben, welche dem Reichsrathe in nächster Zeit und für die gesetzliche sechsjährige Dauer der kommenden Wahlperiode gestellt sind, dürften an Bedeutung den bisherigen Arbeiten unserer Parlamente nicht nachstehen, ja in vielen Beziehungen dieselben überragen.

In erster Linie nennen wir die Ordnung unseres Steuerwesens, insbesondere die gleichmäßige und somit gerechtere Vertheilung der Lasten und deren thunlichste Erleichterung durch weise Sparsamkeit im Staatshaushalte; von großer Wichtigkeit wird auch diesfalls der finanzielle Ausgleich mit Ungarn sein, dessen Revision oder Erneuerung in diese Epoche fällt.

Eine gleiche Arbeit steht dem Reichsrathe auch bezüglich des Truppen-Contingents und dessen Repartition bevor.

Auf kirchlichem Gebiete ist es die Gesetzgebung zur friedlichen Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, und namentlich sind es auch die materiellen Fragen der Ordnung des Patronats-Verhältnisses, dann der Verwaltung des Kirchenvermögens, welche die Thätigkeit des Parlamentes in Anspruch nehmen werden.

Belagend die Rechtspflege, über deren Langsamkeit und Kostspieligkeit nur eine Klage herrscht, werden die Abgeordneten über eine neue Prozeß-Ordnung und über das Gebührenwesen zu berathen haben.

Das volkswirtschaftliche Gebiet der Gesetzgebung, dessen Lücken eben in letzterer Zeit so schwer empfunden wurden, erheischt dringend die Aufmerksamkeit unserer legislativen Körperschaften, und nicht minder lebhaft ist der Ruf nach Bestimmungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse, über den Schutz des Arbeitgebers gegen übermäßige Anforderungen, unbeschadet der berechtigten Ansprüche des Arbeiters.

Wenn wir von all den Aufgaben, welche an unsere Vertreter in nächster Zeit herankommen, nur die wesentlichsten bezeichnen, so wird es noch viele andere Ar-

beiten von kaum minder eingreifender Bedeutung geben, die ihre volle Aufmerksamkeit und Thätigkeit in Anspruch nehmen, und die Verfassungspartei ist gewiß im Rechte, wenn sie darauf dringe, daß jeder Wähler es als eine Gewissenssache, als eine Frage seines eigenen Wohles betrachte, nur solche Männer als Candidaten zu benennen, von welchen er überzeugt ist, daß sie den Rechtsbestand unserer Verfassung als den alleinigen gesetzlichen Boden zur Austragung aller dieser so wichtigen Angelegenheiten, als den unantastbaren Schirm und Schutz unserer gesetzlichen Freiheit, unserer geistigen und materiellen Entwicklung anerkennen, daß sie für diese Aufgaben den ernststen Willen und das richtige Verständnis in sich tragen, daß sie somit auch dem an sie ergehenden Rufe Folge leisten, ihren Sitz im Parlamente einzunehmen und nach ihrem besten Wissen und Gewissen ihres Amtes walten werden.

Wir halten es aber auch für eine Gewissenssache der Gewählten, dieser Pflicht nachzukommen, und die Unterlassung des Eintritts in das Abgeordnetenhaus für eine Sünde, begangen an dem Vertrauen der Wähler für einen Frevel, verübt an dem Wohle des Volkes, an der Existenz unseres geliebten Vaterlandes — einen Frevel, den wir zugleich als eine Beleidigung der Wähler betrachten, die nur gezwungen würden, schon nach Monatsfrist wieder den zu einer Komödie herabgewürdigten Wahlact zu wiederholen.

Jedermann, dessen Herz warm schlägt für unser theures Oesterreich, muß diese Worte unterschreiben, und was die Partei der Verfassungsfreunde im Reichsrathe wie in den Landtagen seit 1861 geleistet, entsprang ihrem Pflichtgefühl, für den Bestand und die Machtstärke des Reiches, für das Wohl des Volkes zu wirken.

Sie erreichte es, daß endlich im Staatshaushalte das riesige Deficit bis auf ein Minimum herabsank, sie warnte rechtzeitig vor einer Politik, welche das Reich in unglückliche Kriege verwickelte, ihre Absicht bei Schaffung der Schulgesetze war die Hebung der allgemeinen Volksbildung, um mit den Nachbarstaaten auf gleicher Stufe geistiger Entwicklung den Kampf um das Dasein in jeder Richtung bestehen zu können, sie stemmte sich mit allen Kräften gegen jene nationalen Bestrebungen der slavischen Völkerschaften, welche, ein Uebermaß von Selbstständigkeit gegenüber dem Reiche beghehend, die alten Bande der Zusammengehörigkeit löckend, den Zerfall des Staates vorbereitet hätten, und es wird ihr nun hiefür mit der Verleumdung heimgezahlt, daß sie, wohl zumeist aus der österreichisch-deutschen Bevölkerung stammend, es sei, welche ihr gewiß nicht minder berechtigtes Nationalgefühl über die Liebe zum eigenen Vaterland stelle, zu eben dem Oesterreich, dessen Bestand sie mit aller Energie gegen die centrifugalen Tendenzen der andern Nationen bisher vertheidigte.

Gegen solche Verdächtigungen unserer Partei treten wir jederzeit einmüthig ein und rufen den Wählern Oesterreichs hiezu nur noch zu:

„Wollt ihr ein einziges, mächtiges Oesterreich, so beherzigt unsere Worte und wählet solche Männer, die ihr als wahre, treue Anhänger der Verfassung, als ehrliche und verständige Vertreter eurer Interessen kennt.“

Der Wahlaufruf des verfassungstreuen Landeswahlcomités für Salzburg lautet:

„Die directe Wahl der Volksvertretung des Reiches — das lange Jahre angestrebte Ziel aller Patrioten — ist nunmehr Thatsache geworden, und die Wähler werden zur Wahlurne schreiten, um ein Parlament zu bilden, welches, unabhängig von den Landtagen, berufen sein wird, die endlich erreichte Ordnung unseres Staatswesens zu befestigen und die gesetzgebende Gewalt auszuüben. Eine Reihe hochwichtiger Fragen, an deren Lösung die frühere Vertretung durch den immerwährenden staatsrechtlichen Streit gehindert war, wird zur Entscheidung kommen und es ist von hoher Bedeutung, daß dieselbe Männern anvertraut werde, die sich ebenso durch ihre Befähigung als durch ihre Charakterfestigkeit für dieses ehrenvolle aber schwierige Amt eignen.

Es ist Aufgabe der Wähler, dahin zu wirken, daß die Verfassung, der Hort unserer Zukunft, geschützt werde und daß die Volksvertretung im Sinne und Geiste derselben wirke. Es ist daher ihre Pflicht, für die Wahl solcher Männer Sorge zu tragen, welche, an den Principien der Verfassungspartei festhaltend, mit patriotischer Hingebung ehrlich und treu für die Interessen des Reiches und seiner Völker sowie für die unseres ergern Heimatslandes einstehen, welche fest und unerschütterlich zu Kaiser und Reich halten und für den geistigen und materiellen Wohlstand und Fortschritt ihre beste Kraft einsetzen.

Die politischen Grundsätze der Verfassungspartei haben sich in schweren Zeiten erprobt; sie haben sich als zum Heile des Reiches erwiesen und es genügt, darauf hinzuweisen, daß die mächtige und geachtete Stellung, welche Oesterreich gegenwärtig einnimmt, diesen Principien und ihren eifrigen Verfechtern zu verdanken ist.

Wir erwarten daher, daß die Wähler in richtiger Erkenntnis, daß der Bestand des Staates, das Wohl aller Bürger an die Aufrechterhaltung der von unserm Kaiser sanctionirten Gesetze geknüpft ist, nur solchen Männern ihre Stimme geben werden, welche Garantien bieten, daß sie unabänderlich für die Verfassung einstehen, und welche das Vertrauen ihrer Wähler im vollsten Maße genießen.“

Zur Action in Ungarn.

„Naplo“ bringt über die projectierte Reduction des Beamtenstatus folgende Mittheilung.

„Nachdem der Reichstag die Reduction der Staatsbeamten wiederholt urgirte und auch die Regierung die Nothwendigkeit dieser Maßnahme einsah, wurde beschloffen, die in Erledigung kommenden Posten bis zur Reorganisation der Verwaltung womöglich unbesetzt zu lassen. Das soll aber keineswegs bedeuten, daß die Regierung das Interesse des Staatsdienstes außer Acht lassen wolle, denn wenn die Besetzung irgend eines Postens unbedingt erforderlich würde, dann bleibt derselbe auch nicht unbesetzt; nur werden keine neuen, bisher nicht im Staatsdienste stehenden Individuen in Verwendung gelangen. Bei der Besetzung solcher Stellen wird die Ernennung sich auf Beamte beschränken, welche im Staatsdienste stehen, und würde das betreffende Ministerium entweder aus dem eigenen Beamtenstatus die fähigen Persönlichkeiten aussuchen, oder, wenn nöthig, sie aus einem anderen Ministerium berufen. Mit einem Worte: bis zur definitiven Reorganisation, bis zur Feststellung der Zahl und Qualität der Aemter wird der gegenwärtige Beamtenstatus nicht vermehrt, außer wenn eine besondere Fachcapacität erforderlich würde, und man unter den gegenwärtigen Beamten keinen solchen Fachmann fände.“

Die „M. Polit.“ erfährt hinsichtlich des abzuschließenden Anlehens aus einer angeblich vollkommen kompetenten wiener Quelle, daß unter den durch die amerikanische Krise noch ungünstiger gewordenen Geldverhältnissen in diesem Augenblicke nichts bestimmtes über das Zustandekommen des Geschäftes gesagt werden kann. Es ist möglich, daß sich die Lage binnen einigen Tagen bessern wird; gegenwärtig aber sind die Aussichten sehr prekär. Von einem Anlehen in der Höhe von 100 oder 200 Millionen ist im allgemeinen gar keine Rede mehr; die Zeiten sind nicht so geartet, daß sich die Geldmächte angespornt sehen könnten, Verpflichtungen zu übernehmen, die sich auf mehrere Jahre hinaus binden. Darüber aber können wir beruhigt sein, daß die Beschaffenheit der zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse erforderlichen Summen durch die Vermittlung großer Häuser als vollständig gesichert zu betrachten ist, vorausgesetzt natürlich, daß die Regierung mit dem bei den Verhandlungen bisher beobachteten Takte, welcher, wie die betreffenden Bankiers anerkennen, von den in letzter Zeit gewährten Gesploglichkeiten in lobenswerther Weise abtrifft, vorgeht, bis das Geschäft ganz beendet ist. Demzufolge scheint die von Tagesblättern geführte Discussion über das Thema, ob ein „großes“ Anlehen aufgenommen werde, ganz überflüssig gewesen zu sein, und man drängt uns die Hunderte von Millionen noch nicht so ungesüß auf, daß der Eifer, mit dem man sich hie und da gegen das „große“ Anlehen sträubte, durch die thatsächlichen Verhältnisse gerechtfertigt würde.“

Staat und Kirche in Italien.

Ein angeblich wohlinformiertes italienisches Blatt meldet, daß das Ministerium Visconti-Venosta in nächster Zeit den Artikel 18 des Garantie-Gesetzes über die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in einer die staatlichen Rechte wahrenen Weise zur Ausführung bringen und die bezügliche Vorlage für das nächste Parlament vorbereiten will. „Sollte sich diese Nachricht“, bemerkt ein Correspondent der „Röln. Ztg.“, „bestätigen, so würde sie den Beweis liefern, daß man auch in Italien die Nothwendigkeit einer etwas strafferen Politik nach jener Seite hin erkannt hat. Die bezeichnete Absicht des italienischen Ministeriums mag dem letzten Besuche des Königs in Berlin vorangegangen sein, kann indessen durch den Eindruck desselben

(Die wiener Weltausstellung) wurde am letztabgewichenen Sonntage von mehr als 73.000 Personen besucht.

(Südbahn.) Mit 1. Oktober d. J. tritt ein neuer Tarif für den directen Güterverkehr zwischen den Südbahnstationen Triest und Fiume einerseits und mehreren Stationen der österreichischen Nordwestbahn, der südnorddeutschen Verbindungsbahn und der böhmischen Nordbahn andererseits in Kraft.

(Theaterbericht vom 7. d.) Karl von Webers „Freischütz“ wurde uns in immerhin acceptabler Form vorgeführt. Wir lernten drei neue Opernkünstler kennen: Fräulein Fron (Agathe), Frau Kaiser (Aennchen) und Herrn Mohr (Max).

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte in Laibach.) Am 9. Oktober. Josef Erbenitz und Genossen: schwere körperliche Beschädigung; Anton Kordin: Diebstahl; Anton Semrajc: öffentliche Gewaltthätigkeit.

Aus dem Gerichtssaale.

Schlußverhandlung gegen Josef Weber und Genossen wegen Verbrechen der Verfälschung der öffentlichen Creditpapiere.

Nach Vortrag der Anklage constatirt der Vorsitzende, daß Maria Girar, welche wegen Theilnehmung am Verbrechen der Creditpapierverfälschung in den Anklagestand versetzt worden war, mittlerweile am 3. Juli 1873 in der Untersuchungshaft verstorben ist.

Sophin schreitet derselbe zur Vernehmung der einzelnen Angeklagten.

Zuerst wurde einvernommen Josef Weber. Derselbe ist in Waldhofen, Bezirk Littai, geboren, 42 Jahre alt, verehelicht, Vater von 3 Kindern, von denen das älteste 11 Jahre, das jüngste hingegen noch nicht 2 Jahre alt ist.

Wien, 4. Oktober. Man erwartete eine Disconterhöhung in Berlin und war unsicher über die Erfolge gewisser, in Berlin geführter, die dortigen Platzverhältnisse betreffender Verhandlungen.

Table with financial data: Gold, Bare, Creditanstalt, ungar., Depostenbank, Escomptenbank, Franco-Bank, Handelsbank, Länderbankverein, Nationalbank, Oester. allg. Bank, Oester. Bankgesellschaft, Unionbank, Vereinsbank, Verkehrsbank.

Table with financial data: Actien von Banken, Anglo-Bank, Bankverein, Bodencreditanstalt, Creditanstalt.

nicht einmal in Absicht auf diese unbefangenen Angaben einen Glauben schenken.

Sein Auftreten zeigt eine eifige, mit beständigem Fächeln um die Rippen begleitete Ruhe, als wollte er andeuten, daß man es mit keinem gewöhnlichen Angeklagten zu thun habe.

Nach seiner Verantwortung hat derselbe durch volle 10 Jahre in der Genietruppe gedient, spricht slovenisch und deutsch und ist des Lesens und Schreibens in diesen beiden Sprachen mächtig.

Unschuldigerweise (?) wurde er im Jahre 1868 wegen Nachahmung von Münzscheinen in Untersuchung gezogen und von diesem Landesgerichte zur Strafe des schweren Kerkers in der Dauer von 10 Jahren verurtheilt.

Diese Strafe habe er am 3. März 1869 angetreten und am 3. März 1871 am hiesigen Kastellberge abgebußt.

Dieses Unglück — denn er sei damals so unschuldig wie heute auf der Anklagebank gesessen — habe ihn in den Augen der Landbevölkerung zu einem populären Manne gemacht.

Aus der Strafe entlassen, habe er auf seiner Besitzung in Waldhofen gelebt, während sich seine Frau mit den Kindern bei ihrem Vater in Jvenca aufgehalten habe, wohin sie während seiner Strafdauer gezogen war.

Hier lebte er vom Ertrage der Wirtschaft und davon, daß er für die Parteien verschiedene Geräthschaften, als: Pflüge und Eggen verfertigte und mitunter kleine Schmiedarbeiten verrichtete.

Er sei wiederholt von Leuten angesprochen worden, er möchte denselben falsches Geld machen.

Weil er glaubte, daß er unter Polizeiaufsicht stehe und so nur immer in Versuchung geführt werde, habe er die Leute gesoppt, habe sich getüthmt, daß er Banknoten bis zur Unkenntlichkeit nachahmen könne, und so habe ihn dieser Jux, den er sich machte, auf die Anklagebank gebracht.

Den Bahnwächter Anton Ruß kenne er, doch habe ihn dieser nie um unechte Banknoten angesprochen; so viel sei es doch wahr, daß sich Anton Ruß, ehe noch die gegenwärtige Untersuchung zur Sprache kam, bei ihm darum erkundiget habe, ob ein solches Unternehmen gefährlich sei.

Was den Mitangeklagten Lorenz Supancic betrifft, so zähle er denselben unter einen jener Versucher, welche von ihm herauszubringen trachteten, ob er sich den wirklich mit der Nachahmung von Banknoten besaße.

Deshalb habe er ihn angelogen, daß er eine Banknotenpresse besitze und sich mit der Banknotenerzeugung besaße. So kam es, daß Lorenz Supancic irre geführt wurde und selbst zu dem Geständnisse schritt, daß er eine Presse besitze, die er unter einer Harse nächst Randershof versteckt hatte.

Supancic habe ihn, Weber, auch angesprochen, diese Presse irgendwo zu verstecken, indem er eine Verhaftung besorgte.

Unwahr sei es, daß er dem Supancic für Ruß die behaupteten 13 Falsificate gegeben habe.

Die vorgewiesene Presse und all die zur Erzeugung von Banknoten geeigneten ihm nun vorgewiesenen Werkzeuge habe er das erstemal damals gesehen, als sie ihm von dem Untersuchungsrichter gezeigt worden seien.

Vorsitzender: Sie haben sich in der Voruntersuchung anders wie heute verantwortet. Sie haben, was den Anton Ruß betrifft, wörtlich angegeben:

„Er kam wirklich einmal zu mir und klagte, daß er schwer leben könne und fragte mich, ob ich und Lorenz Supancic Banknoten machen könne. Ich sagte aber, er möchte sich vor solchen Sachen hüten.“

Josef Weber: Dem ist nicht so, der Untersuchungsrichter hat diese Aussage haben wollen.

(Fortsetzung folgt.)

Table with financial data: Lloyd-Gesellsch., Oester. Nordwestbahn, Rudolfsbahn, Staatsbahn, Südbahn, Theißbahn, Ungarische Nordostbahn, Ungarische Ostbahn, Tramway-Gesellschaft, Allg. österr. Vaugesellschaft, Wiener Vaugesellschaft, Pfandbriefe, Allgem. österr. Bodencredit, Nationalbank u. B., Ung. Bodencredit, Prioritäten, Elisabeth-B. 1. Em., Ferd.-Nordb. S., Franz-Joseph-B., Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em., Oester. Nordwest-B., Siebenbürger.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung“.) Berlin, 7. Oktober. Der altkatholische Bischof legte den Eid in die Hände des Kultusministers ab. Das Militärwochenblatt veröffentlicht eine Cabinetsordre, betreffend die Ernennung Manteuffels zum Generalfeldmarschall unter ehrenden Ausdrücken der Anerkennung dessen Verdienste.

Wosen, 7. Oktober. Ledochowski wurde wegen gesetzwidriger Anstellung zweier Vicare zu 600 Thalern, eventuell viermonatlichem Gefängnis verurtheilt.

Stettin, 7. Oktober. Die „Ostseezeitung“ meldet: Das posener Oberpräsidium sei veranlaßt, Ledochowski zur Antontenlegung aufzufordern.

Baden-Baden, 7. Oktober. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden seien gleichzeitig mit dem deutschen Kaiser nach Wien und steigen in der Hofburg ab.

Pest, 6. Oktober. Sr. Majestät der Kaiser und Prinz Leopold sind hier angelangt und fuhren Mittag nach Gödöllö. Während des mehrtägigen Aufenthalts Sr. Majestät werden Ministerrathe stattfinden, in denen zunächst über die Abhilfe gegen den Nothstand der Landbevölkerung, sodann über die Reichstagsberufung Berathen werden soll.

Telegraphischer Wechselkurs

Papier-Rente 69.15. — Silber-Rente 73.30. — Staats-Anlehen 101. — Vant-Actien 960. — Credit-Actien 222.50. — London 112.75. — Silber 107.25. — R. L. Münz-Caten. — Napoleonsd'or 9.04.

Wien, 7. Oktober. 2 Uhr. Schlußcourse: Credit 222.50, Anglo 164, Union 131, Francobank 54, Handelsbank 92, Vereinsbank 44 1/2, Hypothekendarlehenbank 36, allgem. Vaugesellschaft 62 1/2, wiener Bank 118, Unionbank 61, Wechselbank 19 1/2, Brigittenauer 24 1/2, Staatsbahn 334, Lombarden 168 1/2, Lustlos.

Angekommene Fremde.

Am 6. Oktober. Hotel Stadt Wien. Premuda, Handelsm., Tisch-Schiller Maria, Greislerin, Willach. — Gutlic, Simon, Kfm., Carman, Priester, Dolezan, Salzer, Privatier, Nagh, Wien. — Frau Den, Neumertli. — Pischel, fialprofessor, Gottschee. — Haidin, Commis, Agram. — niter, Privat, Stein. — Bauer, Schweiz. Hotel Stefan. Bettelheim, Ingenieur, und Verosch. — Reznickel, Groß-Stal. — Vercic, f. Frau, Adolph. — Gutlic, Friedor. — Plesko und De Amicis mit Sohn, Trebn. — Trebn, Sava. — Benedett, Rovigno. — Sirtorec, Wien. Bairischer Hof. Gewerz, Wien. — Lunder, Lehrer, trannaborf. — Sterné, Lehrer, Gottschee. Sternwarte. Theresia Kom, Treffen. Mohren. Priga, Handelsm., und Frau Fröhlich, Plann. Dortadi, Udine. — Pogacar, Obertram. — Pogatsch, geber, Steinbrück. — Frau Planitscheg, Cilli. — Krall, tratin.

Lottoziehungen vom 4. Oktober.

Wien: 32 13 53 80 89. Graz: 66 87 79 30 72.

Theater.

Genete: Zum ersten mal: Maria und Magdalena. Schauspiel in 4 Acten von Dr. Paul Lindau.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with meteorological data: October, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl der Schichten, Himmel, Regen.

Nach 6 Uhr Nebel, später wechselnde Bewölkung, gegen Mittag Regenwolken, die sich nachmittags verzogen. Das Tagesmittel der Wärme + 15.0°, um 2.2° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Table with financial data: Staatsbahn, Südbahn A 3%, Südbahn, Bona, Ung. Ostbahn, Privatlose, Credit-L., Rudolf-L., Wechsel, Augsburg, Frankfurt, Hamburg, London, Paris, Geldsorten, Ducaten, Napoleonsd'or, Preuss. Kassenheine, Silber, Krainische Grundrenten-Obligations, Privatmotiarung.